

# Die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Bad Hersfeld

19. Wahlperiode  
Bad Hersfeld, den 12.03.2018

- 0712/19 -

## **Antrag der SPD, CDU, Grüne/NBL, FDP, UBH, FWG/Die Linke - Stadtverordnetenfraktionen betreffend "Resolution Straßenausbaubeiträge"**

Die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Bad Hersfeld beschließt folgende Resolution und bittet den Magistrat, den Beschluss an die hessische Landesregierung, den hessischen Landtag sowie die Fraktionen des hessischen Landtages weiterzugeben zur entsprechenden Kenntnisnahme und ggf. weiteren Veranlassung.

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bad Hersfeld fordert die Abschaffung der § 11 und § 11a des hessischen KAG (Kommunales Abgabengesetz, hier: Erhebung von Straßenausbaubeiträgen) und teilt ausdrücklich die Forderung nach einem finanziellen Ausgleich bei einem Verzicht auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen durch das Land. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bad Hersfeld fordert die Landesregierung und die Fraktionen im hessischen Landtag auf, im Rahmen eines Gesetzgebungsverfahrens eine entsprechende „Kompensationsregelung“ zu schaffen, diese mit ausreichenden Haushaltsmitteln im Landeshaushalt zu unterlegen und in Kraft treten zu lassen.“

Für die SPD-Stadtverordnetenfraktion  
gez. Karsten Vollmar, Fraktionsvorsitzender

Für die CDU-Stadtverordnetenfraktion  
gez. Andreas Rey, Fraktionsvorsitzender

Für die Grüne/NBL-Stadtverordnetenfraktion  
gez. Andrea Zietz, Fraktionsvorsitzende

Für die FDP-Stadtverordnetenfraktion  
gez. Bernd Böhle, Fraktionsvorsitzender

Für die UBH-Stadtverordnetenfraktion  
gez. Hans-Jürgen Schülbe, Fraktionsvorsitzender

Für die FWG/Die Linke-Stadtverordnetenfraktion  
gez. Jürgen Richter, Fraktionsvorsitzender

Eingegangen am: 10.03.2018